

50 Hektar für die Trasse

Infoveranstaltung des Regierungspräsidiums zur B31 West fand online statt

Breisach/Gottenheim. Auch wenn die technische Umsetzung via Zoom recht holprig daherkam, konnten sich am Montagabend, 15. November, etwa 300 angemeldete Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den aktuellen Stand der Planung der Bundesstraße B31 West von Breisach nach Gottenheim und die weiteren Schritte informieren. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer hatte zu einer Online-Informationsveranstaltung eingeladen, bei der aber viele Fragen unbeantwortet blieben.

Alle Fragen der Interessierten, die am Montag im Chat oder per E-Mail gestellt wurden, sollen aber in einer Dokumentation beantwortet werden, die in Kürze - ebenso wie schon jetzt alle Untersuchungen und Projektunterlagen - auf der Homepage des Regierungspräsidiums eingestellt werden (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/abt4/ref44/strassenplanungen/b31-west/>).

Zuletzt hatte im Oktober 2018 eine öffentliche Informationsveranstaltung zum seit Jahrzehnten geplanten Straßenbauprojekt stattgefunden. Im Juli hatte Staatssekretär Steffen Bilger MdB aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Vorzugsvariante (Vorzugsvariante 7, „Hochspannungstrasse West mit Südvariante modifiziert“) für die Bundesstraße, mit der das Regierungspräsidium (RP) in die weiteren Planungen einsteigen will, bekanntgegeben - ohne vorherige Abstimmung mit der planenden Behörde in Freiburg.

„Wir hätten gerne eine Präsenzveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger gemacht, aber die Pan-



Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer übernahm die Begrüßung der rund 300 Teilnehmer an der Online-Informationsveranstaltung, bei der via Chat eifrig kommentiert und diskutiert wurde. Foto: ma

demie lässt das derzeit nicht zu“, sagte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer am Montag in ihrer Begrüßung - bei der es schon die ersten technischen Probleme gab. Schäfer warb um Verständnis, dass es bei der Veranstaltung nicht um das „ob“ sondern nur um das „wie“ des Straßenbaus gehen könne. „Das ob muss auf politischer Ebene geklärt werden. Das ist nicht die Aufgabe des Regierungspräsidiums als Planungsbehörde.“ Auch Karl Kleemann, der die Abteilung „Mobilität, Verkehr, Straßen“ im RP leitet, betonte, als Behörde könne man das Für und Wider der B31 nicht zum Thema machen. Vielmehr sei man beauftragt die Straße, wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, zu planen.

Interessant wurde es, als Projektleiter Bernd Dörr den Stand der Planung und den Variantenvergleich von neun Varianten erläuterte, der schließlich zur Vorzugsvariante 7 geführt hatte. So wurden laut Dörr zehn Oberkriterien (mit jeweils

maßgebenden Unterkriterien) - etwa Landwirtschaft, Boden, Umwelt, Verkehr, Lärm oder Kosten - in Abstimmung mit den Fachbehörden festgelegt. Bei einem langwierigen, fachübergreifenden Variantenvergleich sei dann mit Hilfe von fünf Rangstufen die Variante 7 als bestmögliche Trasse herausgekommen.

Zum weiteren Zeitplan bis zum Baubeginn konnte die Regierungspräsidentin auf Nachfrage von Teilnehmern nichts sagen. Man befinde sich in Leistungsstufe 2, viele weitere Planungsschritte und eine öffentliche Beteiligung würden folgen. Auch Amtsleiter Kleemann betonte, Aussagen zur Umsetzung des Bauprojektes seien zum jetzigen Zeitpunkt „unseriös“. Eine konkrete Aussage machte Projektleiter Dörr aber zum Flächenverbrauch: Etwa 50 Hektar würden für die Trasse der Bundesstraße versiegelt, Flächen für Wirtschaftswege und Nebenflächen nicht eingerechnet. Dazu kommen laut RP noch etwa 50 Hektar an Ausgleichsflächen. **Marianne Ambs**